

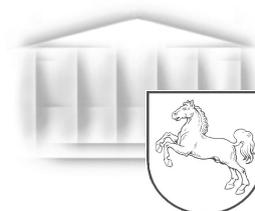
Pressemitteilung



Hubertus Heil

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227-73 710
Fax: 030 / 227-76 710
Mail: Hubertus.heil@bundestag.de
www.hubertus-heil.de



Stefan Klein

Mitglied des
Niedersächsischen
Landtages

An der Windmühle 2B
38226 Salzgitter
Tel: 05341 / 2239-665
Fax: 05341 / 2239-956
Mail: buero@stefanklein-mdl.de
www.stefanklein-mdl.de

Marcus Bosse

Mitglied des
Niedersächsischen
Landtages

Bahnhof 1C
38300 Wolfenbüttel
Tel: 05331 / 8814-16
Fax: 05331 / 8560588
Mail: marcus.bosse@spd-online.de
www.marcus-bosse.de

Bosse, Heil und Klein für Ausweitung des „Salzgitterfonds“ auf Lengede, Vechelde und Fümmelse.

Zu den geplanten Ausgleichsmaßnahmen für die vom Atommülllager Schacht Konrad betroffenen Gemeinden, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Marcus Bosse und Stefan Klein, sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil:

Laut einem Bericht der Braunschweiger-Zeitung ist zum Ausgleich für die „Übernahme der gesamtstaatlichen besonderen Verantwortung“ ein sogenannter „Salzgitterfonds“ zwischen der letzten Bundesregierung, der Energiewirtschaft und der Stadt Salzgitter ausgehandelt worden. Der Fonds soll über einen Zeitraum von über 40 Jahre eine Gesamtsumme von 100 Millionen für Salzgitter umfassen.

Durch die Bundestagswahl und die neu gewählte Bundesregierung ist nun unklar, ob und in welcher Form dieser Fonds Wirkung entfalten wird.

SPD-Landtagsabgeordneten Marcus Bosse und Stefan Klein, sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil haben in einem Schreiben an den neuen Bundesumweltminister Norbert Röttgen deutlich gemacht, dass sie ein Atommüllendlager Schacht Konrad weiterhin ablehnen. Sie verwiesen zudem auf ein noch laufendes Verfassungsbeschwerde-Verfahren, dessen Abschluss abgewartet werden soll.

Sollte es dennoch zur Einlagerung kommen, muss es einen Ausgleich für Salzgitter geben, aber auch für benachbarte Gemeinden. Lengede, Vechelde und Fümmlse sind aufgrund der Nähe zu Schacht Konrad in jedem Fall einzubeziehen, um wenigstens einen gewissen Ausgleich für ökonomische Nachteile, Bevölkerungs- und Imageverluste zu schaffen. Hier muss es einen zusätzlichen festen Betrag für die benachbarten Gemeinden geben. Erforderlich ist ein fairer und transparenter Verteilungsschlüssel. Zudem sind diese Gemeinden im Entscheidungsgremium zu beteiligen, so Bosse, Klein und Heil.

Die SPD-Abgeordneten fordern vom neuen Bundesumweltminister eine Überprüfung des Endlagerstandortes Schacht Konrad und, falls die Bundesregierung am Endlager festhält, entsprechend klare Regelungen in den Vereinbarungen zum „Salzgitterfonds“. In ihrem Schreiben fordern die Abgeordneten eine Regelung, die den Belangen aller in der Nähe des Endlagers wohnenden Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird.